

## Randnotiz

**O**rtwin Schmidt, Barmstedter CDU Chef, signalisiert schon mal, dass seine Partei sich auch vorstellen kann, Gebühren am See-Parkplatz zu erheben, um die Schiefelage des Haushalts zu verbessern. „Da darf es keine Denkverbote geben“, äußerte er sich unlängst gegenüber der Presse. Super.

Wenn ständig 1/3 der 180 Parkplätze 7 Tage die Woche (auch Weihnachten und ohne Berücksichtigung von Schaltjahren) von 8:00 -18:00 Uhr belegt sind und 1 Stunde 1,- Euro kostet, sind die Barmstedter Schulden in Höhe von 19.975.867,- Euro (per 31.12.2015) in 91 Jahren und 77 Tagen abbezahlt. Und das auch noch von überwiegend auswärtigen Besuchern. Das ist doch mal ne Hausnummer! Fehlt nur noch die Anregung zusätzliche Parkplätze zu bauen.

## Endlich: Neues Tanklösch- fahrzeug kommt

**J**etzt hat die Stadtvertretung im Oktober endlich die Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeugs TLF 3000 mit einem Wasservorrat von 3.000 l und 160 Metern Schlauchlänge beschlossen. Die Anschaffung war überfällig, da das alte Löschfahrzeug bereits 26 Jahre alt ist. Noch im September hatte der Hauptausschuss vor allem durch die CDU reichlich geeiert. Die BALL hat von Anfang an diese notwendige Investition unterstützt. Sarkastisch sagte Dr. Günter Thiel: „Panzer nach Afghanistan schicken, aber an der Sicherheit der Bevölkerung und der ehrenamtlichen Feuerwehrlaute sparen zu wollen – das geht gar nicht.“

## Später April- scherz

**W**ar es ein Aprilscherz im Spätsommer? Mit einem großen Zeitungsartikel in der BZ plädiert die Barmstedter SPD für die Vergrößerung Barmstedts um 2.400 Einwohner durch die großflächige Ausweisung von Bauland. Durch die Grundsteuereinnahmen und mehr Einkommenssteueranteile soll der städtische Haushalt saniert werden. Was ist mit den Folgekosten für Infrastruktur, soziale und kulturelle Einrichtungen? Wenn man mit mehr Einwohnern den Haushalt sanieren könnte, müssten ja größere Städte wie Uetersen, Elmshorn, Pinneberg im Geld schwimmen. Bekanntlich haben sie mindestens die gleichen Probleme wie Barmstedt. Es lenkt ab von den tatsächlichen Ursachen der Finanznot, für die CDU und SPD in der Bundesregierung die politische Verantwortung tragen.

## Tickende Finanzbombe auch für Barmstedter Stadthaushalt:

# Die HSH-Nordbank stürzt ab

**E**xpansive und grossmännliche Pläne“ warf Hamburgs Bürgermeister O. Scholz den Bankern der HSH-Nordbank vor. Diese Pläne haben die Bank an den Rand des Ruins gebracht – und: sie werden dem Steuerzahler viel, viel Geld kosten.

Einst war die HSH-Nordbank der größte Schiffsfinanzierer der Welt und wollte mit Großkrediten auch in anderen Bereichen „am großen Kapitalrad drehen“. Nebenbei wurde seit 2005 großen Kunden geholfen, Vermögen über eine Luxemburgische Tochterfirma an der Steuer vorbei zu verschieben. (Hierfür einigten sich die Banker Mitte 2015 mit der Staatsanwalt Köln auf eine Zahlung von mehr als 22 Millionen Euro Bußgeld, um ein Strafverfahren zu vermeiden!)

Anteilseigner der Bank sind zu 85% die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Insofern sind die jeweiligen Landesregierungen als Gesellschafter mit verantwortlich für die Krise; haben sie doch die Banker an eine viel zu lange Leine gelassen. So hat die „Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung“

festgestellt, dass die von den Wirtschaftsprüfern der KPMG unterschriebenen Konzernabschlüsse zu den Stichtagen 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2009 fehlerhaft sind. Und nicht nur das: der gelfrisierter ehemalige Bankchef Dirk Nonnenmacher (genannt „Dr. NO“) erhielt noch mehrere Millionen Bonuszahlungen, obwohl die Bank unter seiner Regie mit dubiosen Geschäften an den Rand der Insolvenz gebracht wurde.

Seit Gründung der Bank im Jahre 2003 musste sie Kapital- und Vermögensverluste in Höhe von 6,6 Mrd. Euro verkraften. Diese Tendenz hielt bis jetzt an, so dass das von den Ländern eingezahlte Kapital von 8,4 Mrd. Euro bald aufgebraucht sein dürfte. Da dieses Kapital aber nicht „einfach so rumlag“ sondern selbst durch Kredite finanziert wurde und wird, sind auf viele Jahre hohe Rückzahlungen und Zinszahlungen notwendig, zu deren Kompensierung es die geplanten Gewinnausschüttungen der HSH Nordbank jedoch kaum geben wird.

Darüber hinaus bürgen die beiden Länder mit 10 Milliar-



den Euro (10.000.000.000,-). Hierfür muss die HSH eigentlich Gebühren zahlen. Aber hier mussten die Länder auf 670 Millionen Euro verzichten, weil die Bank in der Verlustzone war. Fast vergessen ist, dass vor wenigen Jahren die Bank bereits mit 3 Milliarden an Steuergeldern aus Schleswig-Holstein und Hamburg am Leben gehalten wurde. Anteilig sind der Stadt Barmstedt allein dadurch fast 5 Millionen Euro Steueranteile zur Bewältigung dringender Aufgaben entgangen.

Am 19. Oktober einigten sich nun die Länderchefs von

Hamburg und Schleswig-Holstein mit der zuständigen EU-Kommissarin über das weitere Vorgehen: Die Bank soll in Perspektive privatisiert werden. Damit ein Anteilskauf aber lukrativ ist, werden vorher „schlechte“ Kredite, also Kredite bei denen nicht klar ist, ob bzw. In welcher Höhe sie zurück gezahlt werden, der Bank von den beiden Ländern zum Marktwert abgekauft. Verluste vermutlich in Milliardenhöhe für die Länder sind vorprogrammiert. Darüber hinaus wird die Bank auch die Gebührenzahlungen für die in Anspruch genommenen Garan-

tien weiterhin erheblich verringern. Auch das hat Auswirkungen auf die Landeshaushalte.

Wie teuer die ganze Sache unterm Strich werden wird, weiß niemand so genau. Grund zum Jubeln hat nur der Bankchef Constantin von Oestereich. „Wir werden unsere Bank –befreit von wesentlichen Altlasten- gemeinsam konsequent neu ausrichten können“, schrieb er in einer mail an die Belegschaft. (Hamburger Abendblatt 20.10.2015)

Die Zeche zahlen soll wieder einmal der Steuerzahler. Die Haushalte der Länder werden über einen langen Zeitraum belastet werden, was zur Folge hat, dass in vielen Haushaltspositionen Kürzungen notwendig werden. Die Auswirkungen davon werden die Kreise und Kommunen empfindlich zu spüren bekommen.

Seit Jahren wird die Bevölkerung durch die Politik und das Bankmanagement für dumm verkauft. Haushaltsbelastungen werden verschwiegen oder verschleiert. Notwendig aber ist die absolute Offenheit und Information der Öffentlichkeit über alle Belange, die die HSH betreffen! Da darf nichts hinter verschlossenen Türen bleiben! Und die Verantwortlichen für dieses Desaster müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

## Grundsatzbeschluss der Stadtvertretung zur Baulandausweisung bleibt:

# Keine freie Fahrt für Bodenspekulation

**V**or einigen Jahren hatte die Stadtvertretung mit großer Mehrheit beschlossen stadtplanerisch sinnvolle neue Bebauungspläne möglichst nur auf Flächen auszuweisen, die im städtischen Besitz sind. Dadurch sollte die Bodenspekulation begrenzt werden. Klassischerweise wurden dabei Ackerland oder Gärtnereiflächen in Bauland umgewandelt und der Bodenpreis verzehnfachte sich. Der Spekulationsgewinn floss in private Taschen, die Allgemeinheit trug die Folgekosten für Straßenerhaltung, Kindergartenplätze, Schulen usw. usw. Wenn Bauland auf städtischen Flächen ausgewiesen wird, profitiert die Allgemeinheit vom Wertzuwachs, wobei die Alteigentümer beim Verkauf der Flächen als „Bauerwartungsland“ auch

nicht zu kurz gekommen sind. Der Grundsatzbeschluss wurde in Barmstedt in mehreren Baugebieten umgesetzt und die Stadt hat dadurch einige Hunderttausend Euro eingenommen.

Jetzt versuchte auf der letzten Stadtvertreterversammlung eine große Kleinstadtkoalition aus CDU und SPD diesen Grundsatzbeschluss zu kippen. Die CDU führte „rechtliche Probleme“ an, die

SPD sah eine Überforderung der Verwaltung: es war diffus, um was es eigentlich ging. Ganz klar war jedoch, dass bei Aufhebung des Grundsatzbeschlusses wieder Besitzer von Wiesen,

Ackerland und Baumschulflächen allein von der Ausweisung von Bauland profitierten. Das wollten BALL, FWB und GRÜNE nicht, und so überstimmten sie CDU und SPD.

## Sportstättennutzungsgebühr für die Nichtnutzung

# Nur die BALL dagegen



**D**ie Stadtvertretung beschloss Anfang Oktober mit einer großen Mehrheit von CDU, SPD, FWB und GRÜNEN die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr von 6,50 Euro pro erwachsenem Vereinsmitglied. Die BALL-Stadtvertreter lehnten dies ab, ein FWB-Vertreter enthielt sich. Durch den Beschluss kassiert die

Stadt ab 2016 rund 7.000,- Euro vom BMTV, SSV Rantzaue und FC Heede. Durch den erheblichen Widerstand von Seiten der Vereine, der BALL sowie aus Teilen der FWB konnte der Betrag von ursprünglich anvisierten 21.000,- Euro auf ein Drittel reduziert werden. Absurd ist auch, dass die Vereine für passive Mitglieder oder für Mitglieder, die gar keine städtischen Einrichtungen nutzen (Schach; Tanzen..), eine Nutzungsgebühr für die Sportstättennutzung zahlen sollen.



# 250.000 in Berlin gegen TTIP

**B**erlin erlebte am 10. Oktober eine der größten Demonstrationen der letzten 30 Jahre. 250.000 Menschen gingen gegen die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) auf die Straße. Mehr als hundert Organisationen hatten dazu aufgerufen – u. a. Umweltschutz- und Verbraucherverbände, Sozialverbände und Gewerkschaften.

Die massive Kritik auch aus vielen weiteren Ländern der EU hat bewirkt, dass die zuständige EU-Kommissarin ankündigte, für mehr Informationen zu sorgen. Aber bisher ist es bei einem Lippenbekenntnis geblieben. Nach wie vor werden Geheimverhandlungen geführt, über deren Inhalt nicht einmal die gewählten Abgeordneten informiert werden.

Viele Bürger fragen, ob ein freier Handel nicht nützlich ist. Was ist gegen solche Abkommen einzuwenden? Und wird damit nicht auch ein Wirtschaftswachstum gefördert?

Weltweiter Handel: Ja – dann aber zum Wohl der Bevölkerung. Das heißt Handels- und Investitionspolitik mit hohen Standards in ökologischen und sozialen Dingen! Aber genau das sehen

die geplanten Abkommen nicht vor. Bei denen geht es einzig und allein um die Vergrößerung der Profite der internationalen Konzerne.

Der Bayer-Konzern zum Beispiel strebt laxere Bedingungen bei der Zulassung von Pestiziden an. Weiter will er die staatliche



Festsetzung von Medikamentenpreisen vor Schiedsgerichten anfechten können.

Die BASF beziffert die möglichen Einsparungen beim Zoll auf jährlich 2 Milliarden Euro. Geld also, das in den Konzernkassen bleibt und dem Fiskus fehlen wird.

In Nordamerika gibt es bereits mit „NAFTA“ ein Handelsabkommen. In Mexiko z. B. hat dieses zu massiven Arbeitsplatz-

verlusten und Reallohnkürzungen geführt. Und ein Gericht verurteilte die mexikanische Regierung zur Zahlung von 15,6 Mio. Dollar, weil eine mexikanische Kommune einer US-Firma den Bau einer Giftmülldeponie verweigert hatte!

Abkommen mit verschiede-

nen afrikanischen Ländern haben auch dort wesentliche Einschnitte in den Lebensbedingungen der Bevölkerung zur Folge – dieses ist auch ein Grund für Flüchtlingsströme nach Europa!

Auch innerhalb Europas haben wir eine Freihandelszone. Diese hat bereits erhebliche Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Kreise und Kommunen; z. B. hinsichtlich der

Ausschreibungspflicht im Beschaffungs- und Vergaberecht.

TTIP und CETA sollen u.a. dafür geschaffen werden, den innenpolitischen Spielraum, der noch in staatlichen Händen ist, zugunsten der Konzerne abzuschaffen. Dazu gehören Teile des Sozial- und Gesundheitswesens, Umweltschutzangelegenheiten, Verkehrsplanung, Flächennutzungs- und Raumplanungsfragen bis hin zu der Trinkwasserversorgung.

Und was das Wirtschaftswachstum anbetrifft: Man geht von einem Wachstum von 0,5 % aus. Allerdings nicht jährlich sondern gesamt bis 2027! Das sind jährlich 0,034% - also eher ein Witz.

Die wenigen Beispiele zeigen, dass die Befürchtungen zu Recht bestehen und dass weitere Aktionen nötig sind, um den Wahnsinn zu stoppen. Diese Abkommen mit den USA und Kanada dürfen gar nicht zustande kommen. Vor allem muß verhindert werden, dass die konzernhörige CDU/CSU/SPD-Bundesregierung das TTIP-Abkommen im Eiltempo durchzieht, bevor die Proteste noch mehr anwachsen.

## Die Stadtbücherei – mehr als nur Bücher

**A**m 5. Oktober besuchte ich mit Mitgliedern des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport die Barmstedter Stadtbücherei am Holstenring. Obwohl ich einen Leserausweis besitze, war ich ziemlich lange nicht in der Stadtbücherei gewesen - in dem Gebäude hat sich einiges verändert. Im Katalog der Stadtbücherei kann jeder mit Internetzugang jetzt auch von zu Hause recherchieren: [www.stadtbuecherei-barmstedt.de](http://www.stadtbuecherei-barmstedt.de), Unterpunkt Katalog.

Die Bücherregale sind jetzt mit Rollen ausgestattet, denn dort finden viele Veranstaltungen statt. Neben Autorenlesungen gibt es die Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten, Bastelangebote sowie Veranstaltungen zu besonderen Feiertagen / Anlässen. Dann schiebt das engagierte Bücherei-Team die Regale zusammen, holt Stühle aus dem Keller, um bei den sehr beengten Platzverhältnissen solche wichtigen kulturellen Ereignisse möglich zu machen.

Es braucht an dieser Stelle nicht darauf hingewiesen werden, welche wichtige Rolle Bücher - und damit Bibliotheken - für Bildung und Kultur spielen.

Frau Jülich, die Leiterin der Stadtbücherei, möchte diese gern in ein Kommunikations-

und Integrationszentrum weiter entwickeln, in dem z. B. auch Flüchtlinge ohne Kauf- und Konsumzwang einen Ort finden, um sich mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut zu machen. Angesichts der beschränkten Raummöglichkeiten lassen sich viele gute Ideen nur ansatzweise verwirklichen, zudem ist die Lage am Holstenring nicht optimal.

Allen Barmstedtern sei empfohlen: Nutzen Sie das vielfältige Angebot unserer Stadtbücherei! Kinder und Jugendliche können die Bücherei kostenlos nutzen; Erwachsene zahlen 15 Euro im Jahr.

Angesichts der zu geringen Ausstattung der Städte und Gemeinden am Steueraufkommen suchen manche Kommunalpolitiker nach immer neuen Sparmöglichkeiten - die BALL wird sich dafür einsetzen, dass die Barmstedter Stadtbücherei weiterhin gute Arbeit leisten kann und entsprechend ausgestattet wird.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir auch die Pläne von Kulturministerin Anke Spooren-Donk, die für das Land Schleswig-Holstein ein Bibliotheksgesetz auf den Weg bringen will. Darin sollen die Aufgaben der Bibliotheken festgeschrieben und ihr Bestand sowie ihre Zukunft gesichert werden.

Herbert Flick

# Willkommen bei Freunden (!)

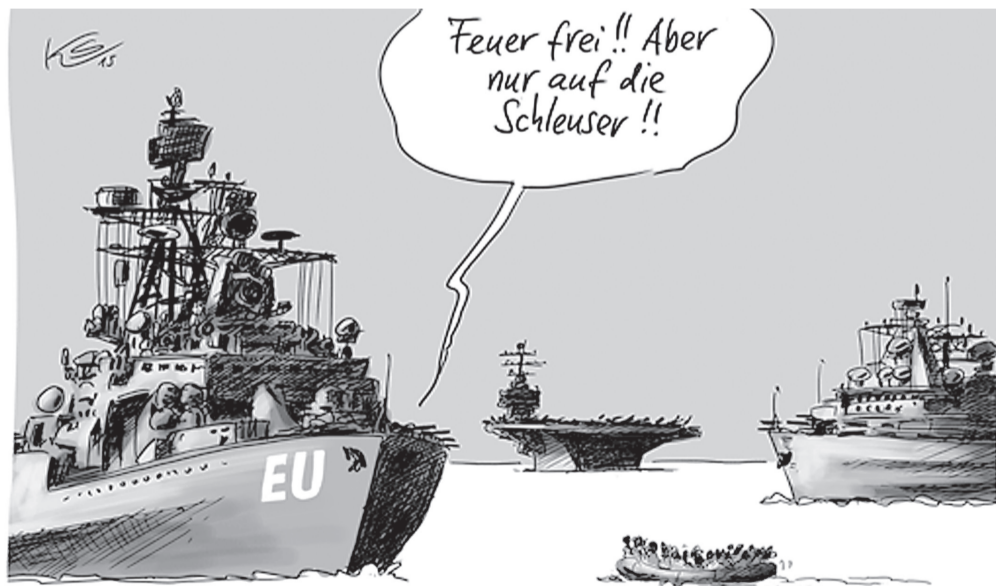
**D**erzeit gibt es im Inland viele verschiedene Stimmen zu vernehmen. Es gibt die eine laute, als Durchhalteparole anmutende Stimme, „Wir schaffen das!“ von Frau Merkel, desweiteren die sogenannten RealpolitikerInnen, die auf die überstrapazierte Hilfsbereitschaft der Deutschen verweist. Hierbei ist am lautesten neben anderen CDU-, CSU- und SPD-PolitikerInnen die von Thomas De Maiziere zu vernehmen. Dann gibt es die „wahren“ Deutschen, die nunmehr endlich sagen dürfen, was sie schon immer gedacht haben. Auf deren Konto gehen Pegida-Demonstrationen und Menschenfeindlichkeit sowie 59 bisher gezählte Brandanschläge auf teils bewohnte Flüchtlingsunterkünfte seit Jahresanfang. Auf der anderen Seite gibt es einen wahren Strom an Menschlichkeit in Form von engagierten Menschen, die, wie auch hier in Barmstedt, versuchen, denen, die in diesen Tagen zu uns flüchten, das Ankommen zu erleichtern.

Was bedeutet es nun für die Flüchtlinge der krisengeplagten Welt, wenn Frau Merkel einerseits nicht müde wird, Flüchtlinge willkommen zu heißen, gleichzeitig aber in die Türkei reist und dort die Regierung um Unterstützung in der Flüchtlingskrise bittet? Was bedeutet es wenn sich PolitikerInnen medial für Flüchtlinge postieren und gleichzeitig Einsätze wie EUNAVOR MED beschließen und die bestehenden

Asylgesetze erneut verschärfen? Zunächst einmal behauptet die Bundeskanzlerin, dass sie die sog. Flüchtlingskrise stoppen möchte, indem die Zustände im Herkunftsland der Flüchtlinge geändert werden sollen. Dies ist zynisch, da ein großer Teil der Flüchtlinge aus Syrien kommen, ein Krieg, in dem die deutsche Regierung sich in vier blutigen

Arbeitsplätzen arbeiten. Derzeit ist die Türkei das wichtigste Transitland für Flüchtlinge auf dem Weg in die EU und Merkel hofft auf ein Rückführungsabkommen für diese Flüchtlinge. Dies reiht sich in die Pläne der Bundesregierung ein, an den EU-Außengrenzen sogenannte „Hotspots“ einzurichten, riesige Internierungslager in Ländern wie Montenegro, Al-

men. Dafür verlangt die Türkei eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 3 Milliarden Euro von der EU. Es geht also nicht darum, Fluchtursachen in Herkunftsländern zu bekämpfen, sondern es geht darum, die Türkei zu hofieren, um Flüchtlinge erst gar nicht nach Deutschland kommen zu lassen. So regte sie weiterhin an, die türkisch-syrische Grenze



Jahren nicht bemühte, an einer friedlichen Lösung mit zu arbeiten. Am 18.10.2015 reiste Frau Merkel zu neuen Verhandlungen in die Türkei und traf sich dort mit dem Staatschef und dem Ministerpräsidenten. Ziel des Besuches war es, so Merkel, „politisch drängende Fragen zu klären“. Im Klartext hieß es am Sonntag nach dem Besuch folgendes: Deutschland und die Türkei werden in Fragen der Flüchtlingspolitik enger zusam-

men. Menschen sollen hier auf ihre Verteilung warten, sortiert werden nach „schutzbedürftigen Menschen“ und „vollziehbar Ausreisepflichtige“, was faktisch dazu führt, dass vielen Menschen das Recht in Deutschland Asyl zu beantragen verwehrt wird.

Weiterhin hat die Türkei nach offiziellen Angaben bisher 2,5 Millionen Schutzsuchende aus Syrien und dem Irak aufgenom-

men. Dafür verlangt die Türkei eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 3 Milliarden Euro von der EU. Es geht also nicht darum, Fluchtursachen in Herkunftsländern zu bekämpfen, sondern es geht darum, die Türkei zu hofieren, um Flüchtlinge erst gar nicht nach Deutschland kommen zu lassen. So regte sie weiterhin an, die türkisch-syrische Grenze

schärfer zu bewachen. Im Gegenzug dazu versprach sie der Türkei Visa-Erleichterungen, Finanzhilfen und eine Wiederaufnahme der derzeit eingefrorenen EU- Beitrittsgespräche. Die gleiche Strategie lässt sich bei der seit Juni eingesetzten Marinemission EUNAVOR Med erkennen. Wortwörtlich geht es bei der im Mai vom EU-Rat beschlossene Militäraktion um die Bekämpfung der Migration im Mittelmeer. Erklärter

Auftrag der Mission ist es, „das Geschäftsmodell der Menschen- schmuggel- und Menschenhandelsnetze im südlichen zentralen Mittelmeer zu unterbinden“. Dieser Einsatz besteht aus drei Phasen. **Phase I** beinhaltet die „Aufdeckung und Beobachtung von Migrationsnetzwerken durch das Sammeln von Informationen“. Die **Phase II** aus dem Anhalten, Durchsuchen, Beschlagnahmen und Umleiten der vermeintlichen zum Menschen- schmuggel genutzten Schiffe. Die **Phase III** wird dann auch die Zerstörung von Schiffen zum Ziel haben. In der Militärmission EUNAVOR MED geht es also definitiv nicht um eine Mission, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen, sondern darum, die Fluchtrouten über das Mittelmeer abzuschneiden. Menschenrechtlich eine Katastrophe, ist auch die Rechtslage für solch eine Mission sehr fragwürdig. Derzeit stützt sich die von der Bundesregierung und dem EU-Rat beschlossene Mission auf ein Zusatzprotokoll vom 15.11.2000 gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg. In diesem von Januar 2004 in Kraft getretenen Protokoll geht es lediglich um „geeignete Maßnahmen im Hinblick auf das Schiff sowie die an Bord befindlichen Personen und Ladung“, sofern „Beweise gefunden werden, dass das Schiff zum Schleusen von Migranten“ genutzt werden soll. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass

die anderen Rechte und Pflichten, nach dem humanitären Völkerrecht, dem Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte und somit auch dem Grundsatz der Nichtzurückweisung nicht berührt werden. Es bleibt fraglich, wie der Grundsatz der Nichtzurückweisung mit dem Umleiten der Schiffe aus Phase II der EUNAVOR MED Mission in Einklang sein soll.

Im Mai / Juni 2015 wurden laut Sea Watch 6000 geflüchtete Menschen im Mittelmeer gerettet. Seit Ende Juni, mit Einsetzen der Marinemission und dem neuen Mandat „Aufdeckung und Beobachtung von Migrationsnetzwerken“, in dem die Seenotrettung als klarer Auftrag nicht mehr gegeben ist, werden nur noch knapp 1600 Flüchtlinge gerettet. Völkerrechtlich äußerst fragwürdig, bleibt die Frage was das Umleiten von Schiffen zum nächsten Hafen im Konkreten zu bedeuten hat: Die Flüchtlinge werden zurück nach Libyen gebracht und somit in ein Land, welches vom Krieg zerstört ist und in dem Flüchtlinge als illegale Einwanderer behandelt werden. In den überfüllten Flüchtlingsgefängnissen herrscht die reine Willkür, es wird von Vergewaltigungen, Folter und Misshandlungen berichtet. Ein klarer Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, an der sich Deutschland mitschuldig machen würde. **Es geht darum, Fluchtwege zu zerstören und Europa weiter abzuschotten.**